

Bismarcks Außenpolitik bis zur Reichsgründung

Jan Bruners

Inhaltsverzeichnis

1	Weichenstellungen	2
2	Konfliktminister und Jongleur	5
3	Die Verdrängung Österreichs	9
4	Die Reichsgründung	18

1 Weichenstellungen 1858 – 1862

Vom Zerfall des Mächtesystems profitierte auch Preussen, das aufgrund seiner Neutralität im Krimkrieg nicht zur Konferenz zugelassen war (an seiner Stelle nahm Sardinien als Verbündeter der Westmächte teil). Während die preussische Führung dies größtenteils als Zurücksetzung empfand, erkannte Bismarck den Vorteil der Ausgrenzung Preussens: Je weniger Preussen in europäische Vereinbarungen eingebunden war, desto größer wurde sein Spielraum in der Machtrivalität mit Österreich, das sich nach dem Misserfolg der Balkanpolitik wieder auf seine Rolle in Deutschland besann.

Bismarck hatte sich seit 1848 außenpolitisch zunehmend von seinen prinzipienpolitischen Wurzeln entfernt und sah – anders als der hochkonservative Kreis um die Brüder Gerlach – in Österreich statt in Frankreich den Hauptgegner. Vor allem gab er nun dem preussischen Staatsinteresse eindeutig Vorrang vor den bisher vertretenen adeligen Standesinteressen. Allerdings bezog sich auch sein außenpolitisches Fernziel – ein starkes Preussen in einem erneuerten Mächtesystem – letztlich auf die Wahrung der Sozialordnung und ruhte damit auf einer sozialkonservativen Haltung. Seit 1853 hatte Bismarck den Konflikt mit Österreich unter allen Konstellationen durchgespielt: Als defensive Variante betrachtete er eine Zweiteilung Deutschlands zwischen einem preussisch geführten Norden und einem österreichisch gelenkten Süden (wie er sie 1854 dem Ministerpräsidenten Manteuffel vorgeschlagen hatte), die offensive Lösung bestand in einer völligen Verdrängung Österreichs aus Deutschland. Noch 1857 hielt er Koalitionen auf europäischer Ebene für den Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage, in einer Denkschrift vom März 1858 dagegen plädierte er für die Zusammenarbeit mit den bislang pro-österreichischen Mittelstaaten. Als geeignetes Zwangsmittel nannte Bismarck eine Verbindung des deutschen Nationalismus mit der preussischen Außenpolitik: Preussen als rein deutscher Staat und Förderer des nationalen Wohls könne leicht die deutsche öffentliche Meinung für sich gewinnen. Deren Druck würde dann die übrigen deutschen Regierungen an Preussens Seite zwingen. Dabei betrachtete Bismarck die nationalen Ziele, die er in Frankfurt oft genug sabotiert und verspottet hatte, als Mittel zur Ausweitung der preussischen Macht.

Innenpolitisch war es in Preussen Anfang 1858 zu einem Umschwung gekommen, als Prinz Wilhelm die Regentschaft von seinem kranken Bruder Friedrich Wilhelm IV. († 1861) übernahm. Der neue Herrscher missbilligte die reaktionäre und restriktive Politik der Regierung Manteuffel und bildete ein liberal-konservatives Kabinett unter Fürst Anton von Hohenzollern-Sigmaringen mit dem Ziel, stärkeren Rückhalt im Volk zu gewinnen. Tatsächlich brachten die Wahlen zum Landtag 1859 einen überwältigenden Sieg für die Anhänger der „Neuen Ära“, während zuvor die Konservativen Anhänger Manteuffels in der Mehrheit gewesen waren. Der Prinzregent und sein neuer Außenminister Alexander von Schleinitz beschlossen unter allgemeinem Beifall (auch der Konservativen) eine Annäherung an Österreich und England, wobei die aggressive anti-österreichische Politik Bismarcks in Frankfurt natürlich störte. Im März 1859 wurde der Bundestagsgesandte deshalb nach St. Petersburg versetzt.

Allerdings änderte sich die Lage in der europäischen Politik rasch. Österreich hatte während des Krimkrieges versucht, die Konzertdiplomatie wiederzubeleben und damit seine Geltung als Groß-

macht zu sichern. Mit der widersprüchlichen Mischung aus machtorientierter Balkanpolitik und einem Beharren auf dem Status quo im übrigen Europa hatte es sich allerdings vollständig isoliert. In Paris war zudem wegen der Beteiligung Sardinien auch die italienische Frage angeschnitten worden, und England hatte erklärt, die Initiative Napoleons III. zur Befreiung Italiens zu unterstützen. Der Anspruch Österreichs auf dauerhaften Verbleib in Oberitalien fand also keine Unterstützung. So konnte Napoleon III. im Juli 1858 mit Cavour, dem leitenden Minister des Königreichs Sardinien, eine Vereinbarung zur Vertreibung Österreichs aus Italien und zur nationalstaatlichen Neuorganisation Italiens treffen. Am 23. April 1859 begann nach einem österreichischen Ultimatum an Sardinien der italienische Krieg, der bereits nach drei Monaten mit dem Waffenstillstand von Villafranca endete. Österreich trat die Lombardei an Frankreich ab, welches sie im Frieden von Zürich (10. November 1859) an Sardinien übergab. Die italienische Frage wurde damit auf eine ähnliche Art wie später die deutsche gelöst: Verdrängung Österreichs und politische Zusammenfassung der verbleibenden Territorien unter der Hegemonie des stärksten Staates, der 1861 mit der Gründung des Königreichs Italien die nationale Einigung vollendete. Das österreichische Festhalten an seinen verbliebenen italienischen Besitzungen (Venetien) machte Italien in Bismarcks Augen zum natürlichen Bündnispartner Preussens in einer Auseinandersetzung mit Österreich. Allerdings war der Nutzen eines solchen Bündnisses begrenzt, denn die diplomatische und militärische Macht Italiens war gering, und seine geographische Lage schloss seinen Einsatz im diplomatischen Ringen um die Vorherrschaft in Mitteleuropa aus.

Die aktuelle Auseinandersetzung zwischen Österreich einerseits und Sardinien und Frankreich andererseits betrachtete Bismarck natürlich als Chance zur Gebietserweiterung auf Kosten Österreichs, wobei eine dafür notwendige Verständigung mit Frankreich die – von ihm für nützlich erachtete – preussische Stellung bei der Nationalbewegung erschüttert hätte. Ganz im Sinne der über den Krieg gegen ein Bundesglied empörten Öffentlichkeit plädierte dagegen der preussische Generalstabschef Moltke für einen national gedeuteten Präventivkrieg gegen Frankreich, um den als bedrohlich betrachteten Aufstieg Frankreichs zu hemmen. Unter anderem die Furcht vor einem solchen preussischen Eingreifen bewog Napoleon auch zum raschen Friedensschluss, der sowohl Bismarcks als auch Moltkes Plänen die Grundlage entzog. Die Erkenntnis, dass der Deutsche Bund nicht zur gemeinsamen Verteidigung fähig war, bestärkte in Deutschland den Wunsch nach einem deutschen Staat. Dieser Wunsch führte im September 1859 zur Gründung des Nationalvereins, der auf Vermittlung Bismarcks der preussischen Regierung seine Unterstützung anbot, was Außenminister Schleinitz ablehnte. Trotz der Kritik im Kabinett an Schleinitz' pro-österreichischer Politik behielt dieser die Unterstützung des Regenten, und sein potentieller Nachfolger Bismarck kehrte nach St. Petersburg zurück.

In Wien wurde nach der erneuten Niederlage in Südeuropa Graf Buol im Mai 1859 als Ministerpräsident und Außenminister durch Bismarcks früheren Kollegen in Frankfurt, den Grafen Rechberg, abgelöst. Rechberg bemühte sich nun, Österreichs Führungsrolle in Deutschland stärker wahrzunehmen und den Schwarzenberg-Plan doch noch zu verwirklichen. Als erster Schritt sollte mit dem Beitritt Österreichs der wirtschaftlich liberale Deutsche Zollverein in eine Wirtschaftsunion mit hohen Zollmauern nach außen umgewandelt werden, die die rückständige österreichische Wirtschaft

schützte, entsprechend dem Bruck-Plan von 1850. Die süddeutschen Staaten begrüßten das stärkere Engagement Österreichs aus Angst vor einer französischen Aggression. Einem von Rechberg vorgeschlagenen Defensivbündnis der beiden deutschen Großmächte gegen Frankreich konnte Preussen deshalb politisch nichts entgegenzusetzen, weil ein Zusammengehen mit Frankreich die preussische Stellung im Deutschen Bund weiter verschlechtert hätte. Einen Ausweg bot die Wirtschaftspolitik: Preussen schlug Frankreich im Juni 1860 Verhandlungen über einen Handelsvertrag vor, was Österreich zum Angebot eines dualistischen Ausgleichs im Deutschen Bund (statt der in Olmütz beanspruchten österreichischen Führung) veranlasste. Daraufhin erhöhte auch Frankreich seine Angebote. Die Entscheidung für Frankreich, die mit dem Beginn der Vertragsverhandlungen im Januar 1861 fiel, war auch eine Entscheidung für eine eigenständige preussische Rolle in Europa, denn mit dem Handelsvertrag wurde Preussen an die westeuropäische Freihandelszone (England, Frankreich, Belgien und die Schweiz) angeschlossen.

Kurz darauf (4. Februar 1861) übernahm in Wien mit Anton von Schmerling ein liberal-großdeutsch eingestellter ehemaliger Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung das Amt des Ministerpräsidenten, während der konservative Rechberg weiterhin das Außenministerium leitete. Einige Monate später wurde in Berlin Graf Schleinitz abgelöst, nachdem seine Pläne für ein Bündnis mit England und Österreich gescheitert waren. Sein Nachfolger, Graf Albrecht von Bernstorff, trat wie Bismarck für eine starke preussische Initiative in der deutschen Frage ein und belebte die preussische Unionspolitik von 1849 wieder, indem er im Bundestag im Dezember 1861 einen kleindeutschen Bund innerhalb des bestehenden Bundes und ein von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten zu wählendes nationales Parlament forderte.

Trotz der nationalen Begeisterung für diesen Vorschlag hatte auch die österreichische Seite einige Trümpfe: 1861 hatte sich die „Neue Ära“ bereits als Illusion erwiesen, da die wichtigsten Minister, die Berater des Königs, die hochrangigen Beamten und die meisten Mitglieder des Herrenhauses antiliberal und reaktionär eingestellt waren und die geplanten Reformgesetze verhinderten. Ein großer Teil der liberalen Bewegung hatte sich von der Regierung abgewandt, die immer deutlicher reaktionäre Züge zeigte. Demgegenüber machte Habsburg Anstalten, seinem Reich eine konstitutionelle Regierung zu gewähren (Oktober-Diplom 1860, Februar-Patent 1862), was die Liberalen zunächst beeindruckte. Diese Situation wollten Schmerling und der einflussreiche Sekretär für deutsche Angelegenheiten, Ludwig von Biegeleben, zur großdeutschen Konsolidierung des Bundes nutzen. Sie drängten den widerstrebenden Rechberg zu einer Politik der Bundesreform. Der Schmerling-Plan sah vor, in die bestehende Struktur des Bundes eine Abgeordnetenversammlung aus Abgeordneten der einzelnen Landtage (Bernstorffs Vorschlag übernehmend), ein Exekutivkomitee als Vertretung der Einzelregierungen und ein Oberstes Gericht mit der Gewalt, Bundesrecht zu sprechen, einzubauen. Diese Gremien sollten nicht durch Veränderung der Bundesverfassung geschaffen, sondern unter Umgehung eines möglichen preussischen Vetos zunächst als temporäre Organe eingeführt werden. Innerhalb dieses Systems wäre Preussen permanent überstimmt worden. Für den Fall, dass der absehbare Konflikt mit Preussen den Deutschen Bund sprengen sollte, wurde sogar ein engerer Bund zwischen Österreich und den daran interessierten deutschen Staaten in Aussicht genommen werden – die österreichische Variante der preussischen Unionspolitik von 1849/50. Es gelang der österreichi-

sehen Diplomatie, die Mittelstaaten zu überzeugen, und am 14. August 1862 wurde im Bundestag die Überweisung des österreichischen Vorschlags an die Ausschüsse beschlossen.

Bei seiner Werbung um die Mittelstaaten kam Rechberg der Abschluss des preussisch-französischen Handelsvertrages am 29. März 1862 sehr entgegen, denn der bilaterale Vertrag ohne Konsultation der Zollvereins-Partner ließ die süd- und mitteldeutschen Staaten sich noch stärker an Österreich anlehnen. Wirtschaftspolitisch war der Handelsvertrag dagegen für Österreich eine Katastrophe. Nach dem Debakel 1853 hatte Handelsminister Bruck gehofft, die österreichische Wirtschaft sei bis 1860 stark genug für einen Beitritt zum Zollverein. Doch selbst wenn dies erreicht worden wäre (tatsächlich vergrößerte sich der Abstand zwischen Österreich und dem Zollverein) konnte Österreich nicht auf einem europäischen Freimarkt bestehen. Trotz ihrer Verärgerung wollten die übrigen Zollvereinsmitglieder den wirtschaftlich attraktiven Verein nicht verlassen. Daher präsentierte Rechberg kurz vor Abstimmung über die Bundesreform erneut den Bruck-Plan von 1850 und bot weitreichende Zugeständnisse an, falls das Abkommen mit Frankreich nicht unterzeichnet würde. Dennoch unterzeichnete Bernstorff am 2. August 1862 den preussisch-französischen Handelsvertrag. Außenpolitisch formulierte er mit seinen gegen Österreich gerichteten Initiativen innerhalb und außerhalb des Deutschen Bundes bereits die Politik, die sein Nachfolger Bismarck so erfolgreich betreiben sollte.

2 Konfliktminister und Jongleur 1862 – 1864

Mittlerweile war die Situation in Preussen kritisch geworden. Seit 1859 schwelte eine Staatskrise, die durch eine Heeresreform des Kriegsministers Roon ausgelöst worden war. Das Ziel, die Schlagkraft des Heeres (u.a. durch eine Verlängerung der Dienstpflicht auf drei Jahre) schlagkräftiger zu machen, lehnten die regierungskritischen Liberalen Landtag als Machtzuwachs der Krone und des adeligen Offizierskorps ab. Im Dezember 1861 erreichten die Liberalen (führend war die neugegründete Deutsche Fortschrittspartei) einen glänzenden Wahlsieg, so dass die Regierung sich nur noch auf eine äußerst knappe Mehrheit stützen konnte. König Wilhelm I. versuchte, die Auseinandersetzung mit Gewalt zu beenden: Er löste den Landtag auf und ersetzte die verbliebenen Liberalen im Kabinett durch konservative Minister. Bei den folgenden Wahlen im Mai 1862 erreichten die Liberalen die absolute Mehrheit der Sitze und konnten nun die Bestätigung des vorgelegten Etats verweigern, was nach der preussischen Verfassung von 1850 zu den Rechten des Landtags gehörte. Am 23. September 1862 strich das Parlament rückwirkend bereits ausgegebene Mittel für die Heeresreform.

Am selben Tag wurde Bismarck vom preussischen König Wilhelm I. zum Außenminister und Ministerpräsidenten berufen. Bismarck war bereit, angesichts des Verfassungskonfliktes gegen Verfassung und Landtag zu regieren („Konfliktminister“), wobei er sich auf eine „Lückentheorie“ berief: Die preussische Verfassung von 1850 sah kein Verfahren zur Schlichtung von Konflikten zwischen Krone und Parlament vor, deshalb müssten Konflikte durch den Willen der Krone entschieden werden. Mit seiner Berufung wurde die Entwicklung zu einem parlamentarischen System (Kontrolle der

Exekutive durch die Legislative) in Preussen aufgehoben und stattdessen blieb die Exekutive in der Hand des Königs.

Am 30. September 1862 hielt Bismarck vor der Budgetkommission des Landtags, die berühmte „Eisen und Blut“-Rede, in der er die Liberalen mit der Verheißung nationaler Macht und internationalen Ansehens zu gewinnen versuchte. Sein Werben blieb jedoch erfolglos, weil die Fortschrittspartei zu diesem Zeitpunkt vornehmlich die Verfassungsfrage vor Augen hatte und die Liberalisierung Preussens als notwendigen ersten Schritt der deutschen Einigung sahen. Mit einer verfassungswidrigen Diktatur auf Zeit, dem „budgetlosen Regime“, versuchte der neue Ministerpräsident deshalb, sowohl einen konservativen Staatsstreich und die Rückkehr zum Absolutismus als auch einen Sieg der Liberalen zu vermeiden. Beide Möglichkeiten hätten eine einseitige Ost- bzw. Westorientierung und damit entweder außenpolitische Stagnation oder den großen Krieg nach sich gezogen. Bismarck dagegen baute auf das Primat der Außenpolitik, d.h. er maß die inneren Verhältnisse Preussens an den Erfordernissen der Außenpolitik, wofür die Unabhängigkeit von parlamentarischen Mehrheiten eine Voraussetzung war. Entgegen der These, Bismarck habe in den folgenden Jahren die Außenpolitik der Fortschrittspartei exekutiert, um innenpolitisch Unterstützung zu erhalten, führte er konsequent sein in den Jahren zuvor entwickeltes Programm der Machterweiterung Preussens aus. Dabei bewegte er sich flexibel im Mächtesystem und ergriff vorurteilsfrei alle sich bietenden Chancen, um seine aggressive Politik für die anderen Großmächte akzeptabel erscheinen zu lassen.

Allerdings stand Bismarck zunächst durch die österreichische Initiative im Bundestag stark unter Druck. Im Dezember 1862 stellte er den österreichischen Botschafter Karolyi vor die Wahl: Als Gegenleistung für die preussische Vorherrschaft in Norddeutschland wollte Preussen Österreich gegen Russland, Frankreich und gegen revolutionäre Bewegungen im Inneren unterstützen, falls Österreich den Schwarzenberg-Plan endgültig aufgeben und sich nach Südosteuropa orientiere. Andernfalls werde man die gewünschte Hegemonie im Norden gewaltsam durchsetzen und in künftigen Krisen mit Frankreich zusammenarbeiten.

Da mit der endgültigen Annahme des österreichischen Vorschlags zur Bundesreform zu rechnen war, traf Bismarck gleichzeitig Kriegsvorbereitungen. Er rechnete damit, dass mit Billigung Napoleons III. ein duellartiger, isolierter Krieg mit Österreich möglich sei. Stattdessen machte der französische Kaiser deutlich, dass er an einer Ersetzung des Deutschen Bundes mit der ihm innewohnenden preussisch-österreichischen Spannung durch ein preussisch geführtes Deutschland kein Interesse hatte und nur bei einem örtlich beschränkten Konflikt neutral bleiben würde. Darüber hinaus verweigerte er die Exklusivität des preussisch-französischen Handelsvertrages und nahm Bismarck damit ein Druckmittel gegenüber den anderen Zollvereinsmitgliedern. Angesichts dieser Stellungnahme zog sich Bismarck zurück und versuchte nun, Frankreich die Möglichkeit einer preussisch-österreichischen Verbindung zu demonstrieren, während er gleichzeitig die Bundesreform verhindern musste. Die preussische Drohung, bei der endgültigen Annahme der österreichischen Vorlage den Bund zu verlassen, weckte in den norddeutschen Ländern die Angst vor einer gewaltsamen preussischen Expansion, so dass Österreich in der entscheidenden Abstimmung im Bundestag

am 22. Januar 1863 unterlag. Im Anschluss an die Debatte verlas der preussische Gesandte Ussedom eine Erklärung Bismarcks, in der sich Preussen für ein aus direkten, geheimen und gleichen Wahlen hervorgehende Volksvertretung, also für ein deutsches Nationalparlament aussprach. Der Vorschlag kam nicht aus heiterem Himmel: Schon in der Denkschrift von 1858 hatte Bismarck den potentiellen Nutzen des deutschen Nationalismus für Preussen geschildert, und seit 1860 hielt er die Forderung nach einer nationalen Vertretung für ein geeignetes Mittel, die öffentliche Meinung zu gewinnen. Auch hatte sein Vorgänger Bernstorff bereits im Dezember 1861 eine ähnliche Forderung erhoben, und der Schmerling-Plan sah ebenfalls eine nationale Abgeordnetenversammlung vor. Für die Öffentlichkeit war der Vorgang vor allem wegen der Forderung nach direkten Wahlen unerhört. Ausgerechnet Bismarck, der in Preussen gegen eine Landtagsmehrheit regierte, übernahm eine für die monarchischen Souveräne revolutionäre Forderung der liberalen Bewegung. Deshalb wurde der Vorstoß nicht nur von den deutschen Staaten, sondern auch von der misstrauischen Nationalbewegung abgelehnt.

Zudem begann am selben Tag ein Aufstand in Kongresspolen, der die Aufmerksamkeit der politischen Öffentlichkeit Europas in Anspruch nahm. Bismarck sah darin die Chance zu einer preussisch-russischen Entente für eine erneute Initiative gegen Österreich und ließ Truppen im preussischen Teil Polens an der Grenze zu Kongresspolen aufmarschieren. Er fürchtete, dass die russische Reformpartei um den pro-französischen Außenminister Gortschakow den Abzug der russischen Truppen aus Polen durchsetzen würde, und dass sich ein unabhängiges Polen an Frankreich anlehnen würde. Verhandlungen mit dem Zaren – unter Umgehung Gortschakows – führten zur preussisch-russischen Alvenslebener Konvention (8. Februar 1863), in der sich die beiden Staaten zur gemeinsamen Unterdrückung des polnischen Aufstandes und „ähnlicher Vorgänge“ verpflichteten. Zusätzlich ließ Bismarck bekannt machen, dass Preussen Polen bei einem Abrücken der russischen Truppen besetzen wollte, was den tatsächlich erwogenen Rückzug Russlands aus Prestige Gründen unmöglich machte. Die Alarmierung der übrigen Großmächte angesichts dieses Plans nahm Bismarck in Kauf. Obwohl Napoleon III. das preussische Spiel durchschaute, gelang es, der französischen Öffentlichkeit den Zaren als Unterdrücker der polnischen Freiheit darzustellen.

Auch für Napoleon III. war dies eine Niederlage, da er die Verbindung mit Russland gesucht hatte, um aus der Abhängigkeit von England herauszukommen. Sein innenpolitisch notwendiges Engagement für die polnische Sache richtete sich aber vor allem gegen Preussen, da er Russland nicht verprellen und die preussisch-russische Entente aufweichen wollte. Als London und Wien ihre diplomatische Unterstützung gegen Preussen verweigerten, schlug er Österreich im März 1863 eine Allianz zur umfassenden Neuordnung Europas vor. Napoleons Gattin Eugénie hatte dem österreichischen Gesandten bereits einen Plan skizziert: ein unabhängiges Kongresspolen sollte um Galizien und Posen erweitert werden, Piemont-Sardinien hätte eine Reihe italienischer Gebiete bekommen, Frankreich die Rheinlinie erhalten und Österreich Schlesien. Sachsen und Hannover sollten im Gegenzug an Preussen gehen, Russland sollte für Kongresspolen mit den asiatischen Besitzungen der Türkei entschädigt werden. Die jeweils enteigneten Monarchen der Klein- und Mittelstaaten könnten sich bei der Monarchisierung der amerikanischen Republiken nützlich machen. Dieses Wechselspiel hing allerdings vom nicht nur vom (ausbleibenden) Erfolg des polnischen Aufstands

ab: Außenminister Rechberg lehnte die revolutionären Ziele der Polen und eine Kabinettspolitik im Stil des 18. Jahrhunderts ab und begrüßte stattdessen die Alvenslebener Konvention als Element einer erneuerten konservativen Ostmächtspolitik. Auch England weigerte sich, sich auf ein erneuertes Vertragssystem zu verpflichten, und forderte seinerseits Napoleon III. auf, gemeinsam gegen die russische Polenpolitik offiziell beim Zaren zu protestieren. Da eine Unterstützung der Unterdrückung Polens aus innenpolitischen Gründen unmöglich war, musste der französische Kaiser zustimmen. Damit war die pro-französische Richtung in der russischen Politik blockiert und die von Bismarck befürchtete französisch-russische Kombination mit antipreussischer Spitze (die „Ostzange“) ausgeschlossen. Die Initiativen Napoleons III. hatten Bismarck dennoch so besorgt, dass er schon Ende Februar 1863 die Alvenslebener Konvention aufhob, um einer Allianz aus England, Frankreich und Österreich gegen Preussen und Russland vorzubeugen und seinen außenpolitischen Handlungsspielraum zu erhalten.

Durch die polnische Affäre war allerdings Österreich zum Angelpunkt geworden und hatte die preussische Beschäftigung mit Polen zum erneuten Reformversuch im Deutschen Bund genutzt. Dieses Mal hatte der revidierte Schmerling-Plan bessere Chancen als beim ersten Versuch 1862: Bismarcks anti-liberale Polenpolitik hatte vor allem die süddeutschen Staaten gegen Preussen aufgebracht, und wegen seiner Bindung an das reaktionäre Russland konnte Bismarck seine Forderung nach einer Nationalversammlung nicht wiederholen. Zudem legte Österreich seinen Plan nicht als Antrag im Bundestag vor, sondern präsentierte ihn dem preussischen König während dessen Kur in Bad Gastein zusammen mit einer sehr kurzfristigen Einladung zum Fürstentag in Frankfurt (16. August 1863). Das Übrumpelungsmanöver gelang, zumal dem König die Idee eines Fürstentages gefiel, und Bismarck musste seinen gesamten Einfluss aufbieten, um den Monarchen von einer Zusage abzuhalten. Auf dem Rumpf-Fürstentag stimmten die Fürsten dem österreichischen Vorschlag nur unter der Bedingung zu, dass auch Preussen einwillige. Bismarck reagierte auf eine erneute Einladung am 22. September 1863 mit einem Gegenangriff und forderte zur allgemeinen Überraschung erneut die Wahl einer Volksvertretung zur Lösung der deutschen Frage, d.h. er blieb bei der vorgelegten Deutschland-Konzeption und bei dem – vorerst aussichtslosen – Werben um die Nationalbewegung. Damit musste auch der österreichische Plan scheitern, da ein Sonderbund ohne Preussen für die Mittelstaaten aus wirtschaftlichen Gründen unannehmbar war, obwohl ihre politische Loyalität eher bei Österreich als beim dynamisch-aggressiven Preussen lag.

Die französische Außenpolitik spielte Bismarck ebenfalls in die Hände: Am 5. November 1863 startete Napoleon III. eine neue Offensive zur Neuordnung Europas, die er seit der Pariser Friedenskonferenz 1856 immer wieder anstrebte. Er erklärte, die Verträge von 1815 hätten aufgehört zu bestehen und nur ein europäischer Kongress über alle anliegenden Streitfragen könne den Frieden wahren. Die englische Regierung lehnte diesen dreisten Vorstoß brüsk ab und erstickte den französischen Versuch im Keim. Damit hatte sich Napoleon III. durch seine Ungeschicklichkeit in St. Petersburg und in London unbeliebt gemacht. Bismarck profitierte, denn nun war nicht nur die französisch-russische Allianz ausgeschlossen, sondern auch die faktische französisch-britische Entente seit 1854 zerstört.

Natürlich musste auch Österreich einen Kongressplan ablehnen, der mit Sicherheit Ansprüche auf nationale Selbstbestimmung thematisiert hätte. Der konservative Außenminister Rechberg, der dem Plan Schmerlings wegen dessen anti-preussischer Ausrichtung von Anfang an skeptisch gegenüber gestanden hatte, suchte deshalb die Wiederannäherung an Preussen. Sein Ziel war es, nach dem Scheitern des letzten Reformversuches im Bund die deutsche Stellung Österreichs auf europäischer Ebene (ohne Unterstützung der Mittelstaaten) zu sichern. Das Fernziel war eine Erneuerung der Kooperation der Ostmächte im Mächtesystem, um so die eigene Großmachtstellung aufrecht zu erhalten. Andernfalls, fürchtete er, würde die Donaumonarchie in eine Abhängigkeit von Frankreich geraten. Auch Bismarck war zu einer Kooperation von Fall zu Fall bereit, allerdings betrachtete er die Zusammenarbeit mit Österreich nur als taktisches Zwischenstadium. Er wollte sie nutzen, um die preussische Position in Deutschland ohne österreichischen Widerstand zu verbessern. Da nach Rechbergs Konzept eine dauerhafte Kooperation mit Preussen notwendig war, entstand statt der befürchteten französischen eine preussische Abhängigkeit.

3 Die Verdrängung Österreichs 1864 – 1866

Ein erneuter Konflikt um Schleswig-Holstein (1863/64) bot Bismarck die Gelegenheit, die Deutschlandpolitik Preussens zu isolieren, d.h. die Gefahr einer Großmächtsintervention bzw. einer europäischen Lösung zu verringern. Im März 1863 verkündete der dänische König Friedrich VII. das März-Patent, in dem eine neue Gesamtstaatsverfassung ohne Billigung der Stände der Herzogtümer erlassen wurde, die zudem auf eine Inkorporation Schleswigs in den dänischen Staat hinauslief – ein klarer Verstoß gegen das Londoner Protokoll von 1852. Zunächst schien die polnische Frage dieses Vorgehen zu verdecken, zumal den Bundestag noch der Streit über die Reformfrage beschäftigte und Preussen seinen Verfassungskonflikt hatte. Mit dem Tod des Königs (15. November 1863) trat allerdings eine Wendung ein, denn der Erbprinz Friedrich von Augustenburg erklärte sich aufgrund dynastischer Ansprüche zum Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein. Er wurde von den meisten kleineren deutschen Staaten anerkannt und als ausgewiesener Liberaler von der Nationalbewegung unterstützt, obwohl diese sonst gegen das Legitimitätsprinzip und gegen die Vermehrung der Kleinstaaten auftrat.

Bismarck hatte nun drei Möglichkeiten: Er konnte im Sinne des Londoner Protokolls auf der Rückkehr der Personalunion bestehen, den Augustenburger anerkennen oder die Herzogtümer annektieren. Gegen die dritte Option, die er selbst favorisierte, standen die Interessen Englands, das eine Schwächung der dänischen Monarchie als Gefährdung britischer Interessen im Ostseeraum betrachtete, und Österreichs, das eine Machterweiterung Preussens in Norddeutschland nicht hinnehmen wollte. Die deutschen Kleinstaaten wie der preussische König und der gesamte preussische Landtag standen hinter dem Augustenburger. Allein Frankreich ermutigte Preussen zur Annexion, um sich selbst aus den Verträgen von 1815 zu befreien und eventuell Kompensationen am Rhein zu erhalten.

Der preussische Ministerpräsident verlangte deshalb zunächst von der dänischen Regierung nur die Einhaltung des Londoner Protokolls, obwohl er diese Politik innerhalb der preussischen Politik nur schwer durchsetzen konnte. Angesichts der nationalen Erregung in Deutschland konnte auch Wien als Präsidialmacht des Deutschen Bundes nicht untätig bleiben, und eine nationale Lösung hätte einen für die Donaumonarchie gefährlichen Präzedenzfall geschaffen. Zudem war die österreichische Regierung stark an der Weitergeltung des Londoner Protokolls als Bestandteil einer europäischen Ordnung interessiert und schloss sich deshalb erleichtert der Linie Bismarcks an. Im Bundestag erklärten die beiden Großmächte, ihre Politik auch gegen eine Bundestagsmehrheit durchführen zu wollen, was einen katastrophalen Prestigeverlust Österreichs bei den kleineren Staaten zur Folge hatte. Diese akzeptierten eine Besetzung Holsteins (und Lauenburgs) durch sächsische und hannoversche Bundestruppen, aber verweigerten ihre Zustimmung zur Besetzung Schlesiens. Daraufhin rückten preussische und österreichische Truppen durch Holstein nach Schleswig vor, bereit, auch gegen die Bundestruppen zu kämpfen.

Währenddessen nutzte Bismarck seine vorgebliche Treue zum Londoner Protokoll, um die pro-dänische britische Regierung (Premierminister Russell, Außenminister Palmerston) von einer Intervention abzuhalten. Den Einmarsch in Schleswig allein wollte England nicht mit Krieg beantworten, zumal Frankreich mit Verweis auf die fehlende Verlässlichkeit Englands in der polnischen Frage 1863 seine Unterstützung verweigerte. Eine Parteinahme für den Augustenburger hätte dagegen wahrscheinlich eine englische Intervention zur Folge gehabt. Diese Konsequenz konnte Bismarck dem preussischen König gegenüber geltend machen, um ihn auf seiner Linie zu halten.

Am 18. April 1864 erstürmten die deutschen Truppen die Düppeler Schanzen, die letzte dänische Verteidigungsstellung in Schleswig. Schon vorher waren preussische Truppen ohne vorherige Abstimmung mit Österreich über die Grenze zum dänischen Kernland vorgestoßen. Angesichts des deutschen Vormarsches berief Lord Russell eine internationale Konferenz in London ein in der vagen Hoffnung, den Status quo ante bellum wiederherzustellen. Bismarck wollte die Konferenz dagegen nutzen, das Londoner Protokoll, das nur zur Rechtfertigung des deutschen Vormarschs gedient hatte, loszuwerden. Durch wendiges Taktieren versuchte er zudem eine Einigung der Großmächte und eine internationale Lösung zu verhindern, um volle Bewegungsfreiheit für Preussen nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in der deutschen Politik insgesamt zu gewinnen. Russland stellte sich wegen der Zusammenarbeit mit Preussen seit der Alvenslebener Konvention – anders als 1849/50 – nicht hinter Dänemark. Frankreich machte sich mit dem Vorschlag, eine Volksbefragung in den Herzogtümern durchzuführen, bei den konservativen Mächten Russland und Österreich unbeliebt, und bot Preussen seine Unterstützung bei einer Annexionslösung an. Die dänische Regierung setzte ihre Hoffnungen deshalb auf England. Im Vertrauen auf eine englische Intervention bei einem weiteren deutschen Vordringen schlug sie einen österreichisch-preussischen Kompromissvorschlag (Personalunion unter dem dänischen König Christian IX.) aus. Aber selbst wenn die Dänen bereit gewesen wären, über eine Personalunion zu verhandeln, hätte Bismarck ein Zustandekommen dieser faktischen Rückkehr zum Londoner Protokoll mit einer Reihe von Bedingungen verhindert.

Nun blieb nur noch die Wahl zwischen einer nationalen Lösung (Augustenburg) und einer Mach-

terweiterung Preussens (Annexion). Frankreich erneuerte insgeheim seine Billigung eines Anschlusses an Preussen, um die aus der Sicht Napoleons III. unerwünschte Zusammenarbeit der beiden deutschen Großmächte zu untergraben und Preussen eng an sich zu binden. Um dieser Falle zu entgehen, bemühte sich Bismarck um Österreichs Zustimmung zur Annexion. Rechberg entschied sich jedoch für den Augustenburger als das kleinere Übel, und Bismarck schloss sich zum Schein an. Am 28. Mai 1864 traten die beiden deutschen Mächte gemeinsam mit dem Vorschlag, einen neuen deutschen Mittelstaat Schleswig-Holstein unter dem Prinzen von Augustenburg zu schaffen, vor die verblüffte Konferenz. In einer Unterredung mit dem Augustenburger hatte Bismarck dem künftigen Landesherren aber so viele einengende Bedingungen gestellt, dass dieser verzichtete.

Da Dänemark, unterstützt von England, angesichts des deutschen Vorschlags auf einer Teilung Schlesiens weit südlich der Sprachgrenze bestand, endete die Konferenz am 25. Juni 1864 ohne Einigung. Als nun das britische Kabinett den Interventionskurs des Außenministers Palmerston, auf den Dänemark gezählt hatte, verwarf, war der Weg für eine militärische Lösung frei. Dänemark blieb nach dem Übertritt der preussischen Truppen auf die Insel Alsen nur die politische Kapitulation am 1. August, die Abtretung beider Herzogtümer an Preussen und Österreich (endgültig bestätigt im Wiener Friedensvertrag am 30. Oktober 1864). Im Friedensvertrag wurde der Deutsche Bund – ganz im Sinne der preussischen Deutschlandpolitik – nicht erwähnt. Nun stand der Annexion nur noch Österreich im Weg, da die Konferenz gezeigt hatte, dass England und Russland nicht eingreifen würden und Frankreich den preussischen Vorhaben sogar wohlwollend gegenüber stand.

Obwohl Österreich stark auf die Allianz mit Preussen als Bollwerk gegen Frankreich und die Revolution angewiesen war, gelang es Bismarck nicht sofort, die österreichische Zustimmung zur Annexion zu erhalten. Er war auf der bilateralen Konferenz in Schönbrunn im August 1864 nicht bereit, Österreich im Gegenzug formell die Unterstützung bei einer Rückeroberung der Lombardei (für die Österreich auf Kooperation mit Preussen angewiesen war) zuzusichern, sondern wollte sich mit einem vagen Versprechen der preussischen Neutralität in einem solchen Fall begnügen. Während Rechberg noch immer glaubte, sowohl mit Preussen als auch mit den Mittelstaaten verbündet bleiben zu können, hatte die Gruppe um Schmerling bereits erkannt, dass eine haltbare Allianz mit Preussen unter Bismarck nicht zu haben war, und für eine Verbindung mit Frankreich plädiert. Dennoch entschied sich Kaiser Franz Joseph für Rechbergs Linie, der wie Bismarck eine Politik des Angelpunkts verfolgen wollte mit dem Ziel, Preussen von seiner aggressiven Deutschlandpolitik abzuhalten.

Rechberg hoffte, für das österreichische Entgegenkommen im Norden endlich Zugang zum Zollverein zu erhalten. Seit Februar 1864 drängte er Berlin erneut, den Bruck-Plan anzunehmen. Bismarck verschleppte jedoch die Verhandlungen und zwang die übrigen Zollvereinsmitglieder, der fälligen Erneuerung des Zollvereins 1865 auf der Basis des preussisch-französischen Freihandelsvertrages zuzustimmen. Der Beitritt zu einem solchen Verein hätte die österreichische Wirtschaft weiterhin überfordert, so dass der Plan einer mitteleuropäischen Zollunion im Rahmen des Deutschen Bundes endgültig gescheitert war. Am 27. Oktober 1864 musste Rechberg unter dem Druck seiner Kritiker

zurücktreten. Das Ergebnis der Auseinandersetzung zeigte, wie stark die Mitglieder des Zollvereins bereits unter die Vorherrschaft des wirtschaftlichen Riesen Preussen geraten waren, und dass sich die Grenze zwischen Deutschland und dem Westen an die österreichische Grenze verlagert hatte. Die wirtschaftliche Übermacht Preussens sorgte andererseits dafür, dass die kleineren Staaten umso mehr zur Verteidigung ihrer politischen Souveränität entschlossen waren. Da Rechbergs Nachfolger, Graf von Mensdorff, als diplomatischer Neuling auf den Rat Biegelebens angewiesen war, wandte sich auch die österreichische Deutschlandpolitik wieder stärker den Mittelstaaten zu und lockerte die Allianz mit Preussen. In der Schleswig-Holstein-Frage forderte Mensdorff von Preussen für die Zustimmung zur Annexion territoriale Kompensationen in Schlesien und Württemberg und brachte als Alternative erneut den Augustenburger ins Spiel.

In den folgenden Monaten hielt Bismarck die österreichische Diplomatie hin und erzwang den Abzug der sächsischen und hannoveraner Bundestruppen aus Schleswig-Holstein. Erst im Februar 1865 antwortete er und bot nicht etwa Gegenleistungen für die Annexion an, sondern knüpfte den Verzicht darauf an erhebliche Bedingungen (Übernahme der schleswig-holsteinischen Streitkräfte durch die preussische Armee, Beitritt Schleswig-Holsteins zum Zollverein, preussische Stützpunkte an der Küste), die faktisch auf eine getarnte Annexion hinausliefen. Diese Bedingungen empfand Österreich als unannehmbar. Am 6. April 1865 forderte der Bundestag die beiden Großmächte auf, die Verwaltung der Herzogtümer an den Prinzen von Augustenburg zu übergeben. Da der preussische König Wilhelm I. mittlerweile zur gewaltsamen Annexion bereit war und auf den Februarbedingungen beharrte, nahm die Spannung zu, und Preussen begann, Kriegsvorbereitungen zu treffen. Schließlich lenkte Österreich noch einmal ein. Ein Gesandter des Kaisers handelte mit Bismarck und Wilhelm I. die Konvention von Bad Gastein (14. August 1865) aus, in der vereinbart wurde, dass Preussen Schleswig, Österreich Holstein verwalten sollte. Allerdings wurde das preussisch-österreichische Kondominium über die Herzogtümer nominell aufrecht erhalten, und Preussen erhielt Sonderrechte in Holstein (Zugangsrechte nach Schleswig und militärische Stützpunkte). Österreich hoffte, damit die gemeinsame konservative Front retten zu können, obwohl es durch die Teilung der Herzogtümer und das Fallenlassen des Augustenburgers erneut an Prestige bei den Mittelstaaten einbüßte. Für Bismarck war dagegen entscheidend, dass eine künftige Annexion nicht definitiv ausgeschlossen worden war.

Frankreich hatte zu diesem Zeitpunkt eine Schlüsselstellung inne: Napoleon III. wollte die führende Stellung Frankreichs im westlichen Teil Europas ausbauen und bot sich damit einerseits als Partner einer der beiden deutschen Großmächte im Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland an. Andererseits ließ sich ein Bündnis mit Frankreich gegenüber der Nationalbewegung als „Verrat“ an der nationalen Sache darstellen, wodurch der jeweilige Bündnispartner diskreditiert würde. Allerdings bediente sich auch Bismarck weiterhin der Politik des Angelpunkts, indem er den Verweis auf die preussische Bündnisfreiheit nutzte, um französische Ansprüche abzuwehren und österreichischen Widerstand abzuschwächen. Die Sorge Frankreichs vor einem festen Bündnis der deutschen Großmächte nach der Gasteiner Konvention, die Napoleon III. im Oktober 1865 zum Ausdruck brachte, zerstreute sich rasch angesichts der auftretenden Spannungen. Österreich war nicht bereit, mit Preussen gegen Aktionen des Nationalvereins zur Anfechtung der Gasteiner Konvention in der

freien Stadt Frankfurt im Oktober 1865 vorzugehen, da dies einen erneuten Verstoß gegen die Souveränität der kleineren Staaten bedeutet hätte. Als nun der österreichische Gouverneur in Holstein im Januar 1866 eine Demonstration für den Augustenburger gestattete, sandte Bismarck eine scharfe Protestnote nach Wien, in der er ultimativ eine gemeinsame antirevolutionäre Politik einforderte. Aber nun war Österreich nicht mehr bereit, weitere Zugeständnisse zu machen, und schickte sich an, seine Stellung in Deutschland entschlossen zu verteidigen. In Preussen wurde demgegenüber mit den Beschlüssen des preussischen Kronrats (28. Februar 1866) die vollständige Verdrängung Österreichs aus Deutschland anvisiert, die „defensive“ Variante eines deutschen Dualismus mit preussischer Vorherrschaft nur im Norden trat in den Hintergrund.

Nun konnte Bismarck keinen Krieg gegen die Präsidialmacht des Deutschen Bundes beginnen, ohne ihn diplomatisch vorzubereiten und Österreich in den Augen der deutschen Öffentlichkeit als Aggressor erscheinen zu lassen. Zudem konnte auch der preussische König Krieg gegen Österreich nur schwer mit seinem Gewissen vereinbaren und musste ständig von neuem von der Rechtmäßigkeit der Politik Bismarcks überzeugt werden. Mensdorff war angesichts der finanziell katastrophalen Lage des Kaiserstaates deshalb verzweifelt bemüht, Preussen keinen Vorwand zum Krieg zu liefern. Allerdings drängte die österreichische Armeeführung angesichts der drohenden Auseinandersetzung zur frühzeitigen Mobilisierung, da das österreichische Heer erheblich schwerfälliger war als die reformierten preussischen Truppen. Die Verlegung einiger österreichischer Regimenter an die böhmische Grenze lieferten Bismarck einen Grund, seinerseits die preussische Grenzarmee verstärken zu lassen.

Generalstabschef Moltke hatte bereits im Kronrat darauf hingewiesen, dass ein Bündnis mit Italien in einem Krieg gegen Österreich notwendig sei. Österreich seinerseits hätte zwischen seinen deutschen und italienischen Interessen wählen müssen, um einem Zweifrontenkrieg zu entgehen. Kaiser Franz Joseph war aber nicht bereit, auch nur einen Bruchteil seiner ererbten Macht preiszugeben, und glaubte, das Reich im Süden und im Norden gleichzeitig verteidigen zu können. Am 8. April 1866 schloss Bismarck – die Verpflichtungen Preussens als Bundesmitglied verletzend – einen geheimen Defensiv- und Offensivvertrag mit der italienischen Regierung unter Alfonso La Marmora gegen Österreich. Italien sollte Österreich nach einer österreichischen Kriegserklärung an Preussen angreifen und dafür nach dem Ende des Krieges Venetien erhalten.

Am Tag darauf brachte der preussische Gesandte beim Bundestag zum dritten Mal, und nun in der Form eines präzisen Antrags, die Forderung nach einer Nationalversammlung ein. Aber auch dieses Mal blieb die Unterstützung der Nationalbewegung für den preussischen „Konfliktminister“ aus, und der preussische Landtag blieb bei seiner Ablehnung des budgetlosen Regimes. Auch die Mittelstaaten hielten sich zurück, allein Bayern ließ sich mit dem Angebot einer Hegemonialstellung in Süddeutschland locken, was aber die anderen Mittelstaaten noch misstrauischer machte.

Angesichts der italienischen Rüstungen beschloss Österreich am 21. April 1866 die Mobilisierung der Grenztruppen im Süden, während Preussen sich militärisch betont zurückhielt. Gleichzeitig begann eine österreichische Initiative zur Übertragung Schleswig-Holsteins an den Deutschen Bund, dem sich Österreich nun wieder annäherte. Dies stellte einen Bruch des Wiener Friedensvertrages

und der Gasteiner Konvention dar, zudem hatte Preussen seit seinem Bündnis mit Italien den Boden des Bundes längst verlassen. Als Ausweg blieben nur Verhandlungen von Großmacht zu Großmacht, die durch die private Initiative des preussischen Abgeordneten Gablenz, dessen Bruder österreichischer Gouverneur in Holstein war, zu Stande kamen. Ein unabhängiges Schleswig-Holstein sollte von einem Hohenzollern regiert werden, Preussen hätte die geforderten Sonderrechte erhalten und Deutschland wäre entlang einer Nord-Süd-Linie in einen preussischen und einen österreichischen Machtbereich geteilt werden, wodurch die Mittelstaaten politisch bedeutungslos geworden wären. Bismarck, der sich auch jetzt noch eine Alternative zum Krieg offen halten wollte, unterstützte Gablenz' Vermittlung. Noch während der Verhandlungen wurde Ende April auch die österreichische Nordarmee mobilisiert, es folgte die Gesamtmobilmachung Preussens (5. – 10. Mai 1866). Die Mittelstaaten – mit Ausnahme Sachsens (für Österreich) – lehnten eine Beteiligung an dem Konflikt noch ab.

Während der Kriegsvorbereitungen hatten sich sowohl Preussen als auch Österreich um französische Unterstützung bemüht. Von Russland, das mit inneren Reformen beschäftigt war, und England, das sich nach der Niederlage in Schleswig-Holstein weitgehend aus der kontinentalen Politik zurückgezogen hatte, war kein Eingreifen zu erwarten. Napoleon III. dagegen wollte einen Kompromiss wie die Gasteiner Konvention vermeiden und sich als Vermittler unentbehrlich machen, ohne sich frühzeitig festzulegen. Mitte April regte er einen europäischen Kongress zur Klärung der deutschen Frage an, um die Konzessionsbereitschaft der deutschen Mächte zu verstärken. Aber vor allem in der Frage der Kompensationen musste er vorsichtig taktieren, denn zu große Forderungen hätten entweder die übrigen Mächte gegen Frankreich aufgebracht oder zu einer preussisch-österreichischen Verständigung als der günstigeren Lösung geführt (noch stand der Gablenz-Plan zur Debatte). Daher konnte Bismarck die Erwähnung von Kompensationen auch relativ leicht abwehren oder „überhören“, solange er sich die Möglichkeit zur Kooperation mit Österreich offen hielt, wofür er auch den italienischen Verbündeten fallen gelassen hätte. Österreich dagegen war nach Bekanntwerden des preussisch-italienischen Vertrages auf Napoleon III. angewiesen, um über ihn Einfluss auf Italien nehmen zu können. Erst kurz vor Ausbruch des Krieges kam es zu einer Verständigung (12. Juni): Frankreich würde sich wohlwollend neutral verhalten und dafür bei einem österreichischen Sieg Venetien erhalten, das es an Italien weiterreichen wollte. Diese Vereinbarung machte den Krieg in Italien von vornherein sinnlos, zumal Italien noch im März bereit gewesen war, Venetien zu kaufen. Weiterhin sollte Belgien an Frankreich fallen, die deutschen Mittelstaaten sollten auf Kosten der kleineren verstärkt werden, und am Rhein sollte ein neuer Pufferstaat außerhalb des Deutschen Bundes entstehen. Den österreichischen Wunsch nach Schlesien wollte Napoleon III. nur unterstützen, wenn dadurch das europäische Gleichgewicht nicht gestört würde. Diese Vereinbarungen mussten Österreich völlig bei der Nationalbewegung diskreditieren.

Am 28. Mai 1866 lehnte Österreich den Gablenz-Plan endgültig ab. Der österreichische Gesandte beim Bundestag erklärte am 1. Juni die Übertragung Schleswig-Holsteins an den Deutschen Bund, um Preussen zum Widerstand gegen den Bund zu zwingen. Tatsächlich beantwortete Bismarck diesen Bruch der Gasteiner Konvention mit der Besetzung Holsteins, allerdings blieb der von beiden Seiten gewünschte militärische Zwischenfall aus.

Nun teilte Preussen den deutschen Staaten am 10. Juni mit, dass es eine dualistische Reform des Bundes unter Ausschluss Österreichs mit Bayern als südlicher Vormacht plane. Diesen Bruch der Bundesakte beantwortete Österreich einen Tag später mit einem Antrag zur Mobilisierung aller nichtpreussischen Teile des Bundesheeres gegen Preussen. Am 14. Juni wurde ein bayerischer Kompromissvorschlag angenommen, der die Mobilisierung aller nichtpreussischen und nichtösterreichischen Bundestruppen vorsah, worauf Preussen die Auflösung des Bundes erklärte. Preussen war also politisch völlig isoliert und auf den militärischen Erfolg angewiesen. Auch die Öffentlichkeit in den Staaten des deutschen Bundes betrachtete Bismarck als Kriegstreiber, in Preussen war es in den vergangenen Monaten sogar zu einer Welle von Antikriegsdemonstrationen gekommen, während in den süddeutschen Staaten selbst die kleindeutschen Nationalisten ihren Regierungen widerstandslos die Kriegsanleihen bewilligten und in Österreich sogar Kriegsbegeisterung aufkam.

In dieser Entscheidungssituation plante Bismarck, nationalrevolutionäre Bewegungen in Österreich anzufachen, die zur Zerstörung der Donaumonarchie geführt hätten, und ermutigte die Italiener zu einem Vorstoß auf Wien. Für den Notfall rechnete er sogar mit einem deutschen Nationalkrieg gegen Frankreich. Diese Pläne waren Ausdruck der existenziellen Bedrohung Preussens, denn die Vernichtung Habsburgs hätte eine vollständige Sprengung des Mächtesystems zur Folge gehabt – was Bismarck sonstiger Strategie widersprach. Nun aber stellte er die Aufstandsbewegungen nicht-deutscher Nationalitäten in Österreich – wichtigstes Instrument war die ungarische Legion unter Klapka – in den Dienst preussischer Machtpolitik. Auch den deutschen Nationalismus als Stützpfeiler seiner Politik und des preussischen Staates hatte Bismarck nicht aus den Augen verloren: Im April 1866 sprach er sich für ein allgemeines Wahlrecht zum Nationalparlament aus und versetzte mit dieser Übernahme revolutionärer Forderungen ganz Europa in Aufruhr.

Allerdings erledigten sich Bismarcks radikale Überlegungen durch den durchschlagenden Erfolg der preussischen Armee. Während die italienischen Truppen bei Custoza gegen Österreich unterlagen, gelangen der reformierten preussischen Armee rasche und vollständige Siege gegen die Mittelstaaten und gegen Österreich bei Königgrätz (3. Juli 1866). Der militärische Erfolg rechtfertigte auch die umstrittene Heeresreform Roon und zementierte den in der Verfassung angelegten Dualismus von ziviler und militärischer Führung und führte dazu, dass sich das allein dem König verantwortliche Militärkabinett nach 1867 rasch von der Kontrolle durch das preussische Kriegsministerium emanzipierte. Unmittelbar nach der vernichtenden Niederlage bat Mensdorff um französische Vermittlung, und Bismarck stimmte zu, um eine französische Intervention oder eine Großmächtekonferenz zu vermeiden.

Napoleon III. wurde durch den Umfang des preussischen Sieges seiner komfortablen Vermittlerposition beraubt. Während Außenminister Drouyn de Lhuys ihn zum Eingreifen an der Rheingrenze drängte, entschied er sich, dem österreichischen Wunsch nach „freundlicher“ Vermittlung zu entsprechen. Der Plan für einen Friedensvertrag (14. Juli) sah die Auflösung des Deutschen Bundes und die Gründung eines preussisch geführten Norddeutschen Bundes vor, wobei die Beschränkung auf Norddeutschland vor allem ein Zugeständnis Bismarcks an Frankreich war, das ein geeintes

Deutschland als mächtigen Konkurrenzen fürchtete. Die 1866/67 von Bismarck ausgearbeitete Verfassung bescherte dem preussischen König als „Präsident“ des Bundes eine gewaltige Machtfülle: Er bestimmte die Außenpolitik und entschied über Krieg und Frieden, ernannte und entließ den Kanzler und alle Beamten des Bundes nach Belieben, eröffnete und schloss den Reichstag. Darüber hinaus war er als preussischer König (nicht als Präsident) Oberbefehlshaber der Bundesarmee. Neben dem Reichstag als Volksvertretung gab es als Nachbildung des alten Frankfurter Bundestages einen Bundesrat mit legislativen und exekutiven Kompetenzen, dem der Kanzler des Bundes im Stil des früheren Präsidiates vorstehen sollte.

Bei den Verhandlungen über den Friedensschluss wurde auch ein „Südbund“ der süddeutschen Staaten Baden, Württemberg und Bayern, deren territoriale Integrität und internationale Existenz gemäß dem französischen Vermittlungsplan in separaten Verträgen garantiert wurde, ins Auge gefasst. Frankreich plante, als Hegemonialmacht in Süddeutschland an die Stelle Österreichs zu treten und ließ Preussen im Norden relativ freie Hand. Nur gegen die Annexion Sachsens machte Napoleon III. Einwände geltend, so dass Preussen Schleswig-Holstein und alle gegnerischen Staaten nördlich der Mainlinie außer Sachsen und dem nördlichen Teil Hessen-Darmstadts annektieren konnte. Österreich sollte dagegen nach Bismarcks Willen völlig geschont werden und außer Venetien keine Gebiete verlieren, damit nicht eine dauerhafte preussisch-österreichische Feindschaft außenpolitischen Spielraum nähme. Obwohl der König und die Militärführung darauf brannten, Österreich einen Erobererfrieden zu diktieren, und Wilhelms Gewissen die Annexion legitimer deutscher Staaten verweigerte, erreichte Bismarck die Zustimmung des Königs zu dieser Lösung. Seit Napoleon I. hatte sich niemand so rücksichtslos über das Legimitätsprinzip hinweggesetzt wie der preussische Ministerpräsident. Vier Tage nach dem Waffenstillstand wurde am 26. Juli 1866 der Präliminarfrieden von Nikolsburg unterzeichnet.

Ganz Europa war durch das Ergebnis des deutschen Bruderkrieges besorgt, wobei den Zaren Alexander auch Bismarcks nationalrevolutionäre Methoden der Kriegsvorbereitung zutiefst beunruhigt hatten. Die russische Regierung bemühte sich deshalb, eine gemeinsame Intervention Russlands, Englands und Frankreichs in Deutschland sowie einen europäischen Kongress zur Prüfung und Mäßigung der preussischen Kriegsziele zu organisieren. Dieser Interventionskrise im Juli 1866 begegnete Bismarck mit seiner bewährten Mischung aus Drohungen und Versprechungen: Als am 27. Juli der Antrag Russlands auf einen europäischen Kongress eintraf, verwies er auf den eben abgeschlossenen Frieden und versprach preussische Unterstützung gegen die Pontusklauseln von 1856, deren Aufhebung ein weiteres wichtiges Motiv des Zaren für den Kongress darstellten. Auf der anderen Seite drohte er, bei einer gemeinsamen Aktion der Großmächte gegen Preussen, seine Pläne zur Zerstörung Habsburgs wieder aufzunehmen, erweitert um die Unterstützung der polnischen Unabhängigkeitsbewegung.

Frankreich warnte er unmittelbar nach der Schlacht von Königgrätz vor der Entfesselung eines deutschen Nationalkrieges gegen den „Erbfeind“, gleichzeitig stellte er die Grenze von 1814 (die bayerische Pfalz, das Saarland und Luxemburg) in Aussicht. In Frankreich wurde die Kompensationsfrage hochgespielt, weil man die Niederlage des österreichischen Verbündeten als eigene Demütigung

empfang („Revanche pour Sadowa“). Napoleon III., zum Gefangenen seiner Prestigepolitik geworden, forderte deshalb durch seinen Gesandten Benedetti am 4. August 1866 offiziell die Gebiete, von denen Bismarck gesprochen hatte, als Kompensationen. Aber nach dem Abschluss des Präliminarfriedens fühlte sich Bismarck stark genug, auch diese Forderung zurückzuweisen, obwohl er glaubte, damit das Risiko eines Krieges mit Frankreich und dem verbündeten Österreich einzugehen. Stattdessen lenkte Napoleon III., dessen Truppen in Mexiko und Algerien gebunden waren, am 11. August 1866 ein und entließ seinen Außenminister Drouyn de Lhuys. Damit blieb die vertragliche Beschränkung Preussens auf das Gebiet nördlich der Mainlinie der einzige Erfolg der französischen Diplomatie 1866. Indessen machte die zwiespältige Politik Napoleons III. auch die Hoffnungen auf eine französische Hegemonie in Süddeutschland zunichte, für die durchaus Chancen bestanden: Indem Bismarck Bayern, Baden und Württemberg die Forderungen Frankreichs vorlegte, konnte er sie zu Schutz- und Trutzbündnissen mit Preussen bewegen, die den preussischen Einfluss südlich der Mainlinie verstärkten.

Der endgültige Prager Friedensvertrag mit Österreich (23. August 1866) vervollkommnete den Triumph der Bismarck'schen Machtpolitik: Österreich war aus Deutschland verdrängt worden, Preussens Macht war stark erweitert und die Zerstörung Österreichs hatte vermieden werden können, d.h. das Großmächtesystem war erhalten geblieben. Allerdings hatte die Niederlage der Donaumonarchie den von den Ungarn geforderten Ausgleich bewirkt: In der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie herrschte Franz Joseph I. als österreichischer Kaiser und ungarischer König. Der Norddeutsche Bund stellte demgegenüber nicht nur ein vergrößertes Preussen, sondern den Kern eines deutschen Nationalstaates dar.

Bemerkenswert war außerdem die erneute Schwächung der europäischen Solidarität und Verantwortung für die Friedensordnung: Die diplomatischen Initiativen Frankreichs und Russlands hatten trotz der erheblichen Folgen des Krieges für das Mächtesystem nicht zu einer Intervention der Großmächte geführt. Anders als noch 1864 in Schleswig-Holstein war eine europäische Regelung nicht einmal versucht worden. Die Zerstörung der Ordnung in Mitteleuropa mit der Auflösung des Deutschen Bundes zog ein verstärktes Sicherheitsbedürfnis der einzelnen Mächte nach sich.

Innenpolitisch zeigte Bismarcks beharrliches Werben um die Nationalbewegung endlich Wirkung: Schon angesichts der ersten Erfolge der preussischen Armee Ende Juni 1866 hatten die Konservativen einen Wahlsieg erzielt, der die stabile liberale Mehrheit im Landtag brach. Nun sah Bismarck die Gelegenheit, den Verfassungskonflikt beizulegen, indem er die in den vergangenen vier Jahren gemachten Ausgaben und damit auch seine verfassungswidrige Regierung nachträglich durch das Parlament bewilligen ließ. Die Indemnitätsvorlage, die die königliche Regierung in einer Thronrede am 5. August 1866 erbat, wurde vom Parlament am 3. September 1866 angenommen. Dieser demokratische Sündenfall spaltete die Liberalen im konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 in eine oppositionelle Fortschrittspartei und eine Bismarck unterstützende Nationalliberale Partei, die hauptsächlich aus nichtpreussischen Mitgliedern bestand und der nationalen Frage Vorrang vor liberalen Prinzipien gab. Die Verbreiterung der innenpolitischen Basis schränkte allerdings die für Bismarcks Politik unabdingbare außenpolitische Flexibilität ein, denn die Nationalbe-

wegung hätte eine Kooperation mit dem „Erbfeind“ oder eine Abtretung deutscher Gebiete nicht toleriert. Die Luxemburg-Krise 1867 verdeutlichte dieses Dilemma.

4 Der Konflikt mit Frankreich und die Reichsgründung 1866 – 1871

Bismarcks nächstes Ziel war die politische Überschreitung der Mainlinie und die Zusammenfassung ganz Deutschlands unter preussischer Führung. Die entscheidende Macht in diesem Zusammenhang war Frankreich. Während der Konflikt mit Österreich im Rahmen von Bismarcks Deutschlandpolitik unvermeidlich gewesen war, wäre mit Frankreich auch eine Verständigung im Stil der Kabinettspolitik möglich gewesen. Es war deshalb ganz in Bismarcks Sinn, dass Napoleon III. angesichts des immer stärkeren innenpolitischen Drucks dringend außenpolitische Erfolge brauchte. Da Bismarck Benedetti in Bezug auf die Kompensationsfrage mehrfach auf Gebiete verwiesen hatte, in denen Französisch gesprochen wurde, forderte Napoleon III. am 22. August 1866 die preussische Unterstützung bei der Annexion von Belgien und Luxemburg. Als Ausgleich für Luxemburg und Belgien bot er Preussen seine Zustimmung zu einer „Union“ der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund an. Bismarck signalisierte, er würde einer französischen Übernahme Luxemburgs stillschweigend zustimmen, vermied es aber mehrere Monate, mit Benedetti über dessen konkreten Bündnisentwurf zu verhandeln. Zu Recht fürchtete er, durch eine offene Allianz mit Frankreich seinen Rückhalt bei der Nationalbewegung zu verlieren, und sich dadurch einseitig festzulegen.

Frankreich entschloss sich deshalb am 16. März 1867, dem niederländischen König und Großherzog von Luxemburg, Wilhelm III., ein Kaufangebot für Luxemburg zu unterbreiten. Wilhelm III., der nichts von französischer Verständigung mit Preussen wusste, sorgte sich um die preussischen Beziehungen, da in Luxemburg noch eine preussisch besetzte Bundesfestung stand. Er stimmte deshalb am 19. März dem Verkauf nur unter der Bedingung zu, dass Preussen keine Einwände habe. Am selben Tag veröffentlichte Bismarck die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten gegen Frankreich, was wie eine Warnung an Wilhelm III. aussehen musste. Tatsächlich war die Veröffentlichung ein innenpolitisches Manöver und als Erwiderung gedacht auf den im Reichstag geäußerten Vorwurf, man habe Süddeutschland mit der Gründung des Norddeutschen Bundes im Stich gelassen. Jedenfalls richtete der niederländische König eine offizielle Anfrage an den preussischen König, ob dieser dem Verkauf zustimme. Eine ebenso offizielle Zustimmung hätte bei Bekanntwerden einen Konflikt mit der Nationalbewegung heraufbeschworen, zumal eine Indiskretion die französisch-niederländischen Verhandlungen öffentlich machte. Aber auch in diesem Fall profitierte Bismarck von der Wendung der Ereignisse, indem er die entstehende nationalistische Erregung in ganz Deutschland zur Durchsetzung der Verfassung des Norddeutschen Bundes nutzte. Mit Verweis auf die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit lehnte er es ab, dem Handel zuzustimmen und warnte sogar vor einem möglichen Krieg. Der neue französische Außenminister Marquis de Moustier erklärte daraufhin, man fühle sich von Preussen hintergangen, betonte aber, dass Frankreich keinen Krieg wünsche. Der Kurs der Pariser Regierung war von nun an klar anti-preussisch.

Bismarck, der ebenfalls wegen Luxemburg keinen Krieg riskieren wollte, drängte währenddessen England und Russland zu einer Intervention im Haag, um den Abschluss des Handels zu verhindern. Obwohl der Minister hierbei keinen Erfolg hatte, entschloss sich Wilhelm III. am 5. April 1867, den Vertrag mit Frankreich nicht zu unterzeichnen.

Während Generalstabschef Moltke einen Konflikt für unvermeidlich hielt und erneut seinen Plan eines nationalen Präventivkrieges gegen Frankreich ins Spiel brachte, erklärten sich Preussen und Frankreich bereit, eine internationale Regelung zu akzeptieren. Daraufhin berief die englische Regierung eine Großmächtekonferenz in London (7. – 11. Mai 1867) ein, auf der das Großherzogtum Luxemburg für unabhängig und neutral (wirtschaftlich blieb es Bestandteil des Zollvereins) erklärt wurde. Preussen verpflichtete sich unter Aufgabe seines Besatzungsrechts zum Abzug seiner Truppen aus der Festung. Diese internationale Lösung, die eine Abkehr von der preussischen Machtpolitik der vorangehenden Jahre darstellte, war in dieser begrenzten Frage aus Bismarcks Sicht notwendig. Obwohl der Kompromiss vor allem für Napoleon III., der dadurch noch stärker unter Druck geriet, eine schwere Niederlage war, betrachteten auch Wilhelm I. und die deutschen Nationalisten ihn als unrühmlichen Verlust deutscher Gebiete. Bismarck dagegen war mit der glimpflichen Beendigung der Krise zufrieden, obwohl sie ihm nicht die erhoffte Unterstützung beim Überschreiten der Mainlinie gebracht hatte.

In dieser Frage schien die preussische Außenpolitik längerfristig festgefahren. Kurz nach dem Abschluss der Schutz- und Trutzbündnisse im August 1866 war die Bereitschaft der süddeutschen Staaten zu einer Union mit dem Norddeutschen Bund oder sogar zum Eintritt in den Bund stark gewesen. Allerdings sorgte Bismarcks Politik in den folgenden Monaten für eine veränderte Stimmung: Die Annexionen Preussens gaben dem Norddeutschen Bund den Charakter eines großpreussischen Staates, und die vorgelegte autoritäre Verfassung des Bundes schreckte die liberalen Nationalisten des Südens ab. Vor allem durch die Veröffentlichung der geheimen Schutz- und Trutzbündnisse fühlten sich die süddeutschen Staaten unter Druck gesetzt, da nun der Charakter der Bündnisse als Instrumente zum Vorantreiben der Einigungsfrage offenbar wurde. Ihre Regierungen, die um ihre Souveränität fürchteten und unter dem Druck der Partikularisten standen, suchten sie deshalb zu reinen Defensivvereinbarungen herunterzustufen. Allein Baden war noch zu einer Union mit dem Norden bereit. Auch der in Nikolsburg und Prag angeregte Südbund, den Bismarck insgeheim begrüßte und der die alten einzelstaatlichen Loyalitäten hätte verkümmern lassen können, kam nicht zu Stande. Einzig auf militärischem Gebiet gelang Anfang Februar 1867 ein Erfolg: Die süddeutschen Staaten übernahmen die preussische Wehrverfassung, und durch den Austausch von militärischem Personal schritt die „Verpreußung“ der Armeen des Südens rasch voran.

Nachdem Bismarck Ende April 1867 erkannt hatte, dass ein Anschluss oder eine Union sich kurzfristig nicht verwirklichen lassen würde, bemühte er sich um die Durchsetzung der bereits geplanten Minimallösung: Reform des Zollvereins und Einrichtung eines Zollparlaments. Dieses Parlament mit gesetzgeberischen Kompetenzen ausschließlich im Zollbereich sollte aus Abgeordneten des norddeutschen Reichstages und in den süddeutschen Staaten gewählten Abgeordneten bestehen. Preussen würde das Präsidium innehaben und zu Verhandlungen mit fremden Mächten berechtigt

sein. Nach schwierigen Verhandlungen wurde der nach Bismarcks Vorstellungen gestaltete Vertrag zur Erneuerung des Zollvereins unterzeichnet (8. Juli 1867) und von den süddeutschen Parlamenten und dem Reichstag ratifiziert. Die folgenden Wahlen zum Zollparlament am 10. Februar 1868 wurden allgemein als Abstimmung über Deutschlands Zukunft betrachtet. Das Ergebnis war eine vernichtende Niederlage für Bismarck und die Nationalisten. In Baden, wo die Regierung den Zollverein als Schritt zur nationalen Einigung propagierte, und in Hessen gewannen die Nationalisten nur knapp, in Bayern und Württemberg unterlagen sie deutlich gegen den politisch und konfessionell motivierten Partikularismus. Die Mehrheit der süddeutschen Abgeordneten im Zollparlament war damit gehalten, sich jeder Ausweitung der Kompetenzen des Gremiums zu widersetzen. Damit war der Zollverein als Hebel zur deutschen Einigung bis zu seiner vorgesehenen Erneuerung 1877 ausgeschaltet. Auch der im Januar 1870 gefasste Plan, den preussischen König zum Kaiser von Deutschland zu proklamieren, um eine Einigung für die süddeutschen Staaten akzeptabler zu machen, scheiterte zunächst am Widerstand Englands und Frankreichs und bei einem zweiten Versuch im März an der Ablehnung der süddeutschen Könige.

Nun musste die europäische Politik einen Ansatzpunkt für eine Erweiterung des Norddeutschen Bundes bieten. Während der Luxemburg-Krise hatte die Spannung ständig zugenommen, und neben der gut geölten deutschen Militärmaschine rüsteten auch Frankreich und (im Rahmen seiner Möglichkeiten) Österreich auf. Die Suche nach Bündnispartnern für den Kriegsfall begann, wobei Frankreich im Zentrum aller Überlegungen stand: Sowohl Russland und Österreich wünschten französische Unterstützung gegen die jeweils andere Macht auf dem Balkan. Mit Wien verband Paris zudem das gemeinsame Interesse, die weitere Ausdehnung der Macht Preussens zu verhindern. Der neue österreichische Ministerpräsident Ferdinand von Beust, zuvor Minister in Sachsen und erbitterter Gegner Bismarcks, wollte sich darüber hinaus für die Niederlage von 1866 revanchieren und Österreich wieder stärker in Deutschland verankern. Dazu wünschte er zwar eine Zusammenarbeit mit Frankreich, konnte aber mit Blick auf die öffentliche Meinung keine weitreichende Übereinkunft riskieren. Zudem hatte die ungarische Reichshälfte kein Interesse an einer Rückverschiebung Richtung Deutschland, sondern befand sich auf dem Balkan in Frontstellung gegen Russland. Als gegen Ende der Luxemburg-Krise der französische Botschafter Gramont ein gegen Preussen gerichtetes Bündnis zur französischen Annexion der Rheinlinie vorschlug, musste Beust deshalb zwar ablehnen, regte aber seinerseits eine Allianz in der wieder aufgeflammten orientalischen Frage an, die gewissermaßen als Nebenwirkung auch Konsequenzen in Deutschland haben könne. Beust wollte über Bande spielen: Er engagierte sich parallel zu Russland für den Aufstand Kretas gegen die osmanische Herrschaft, um einen Krieg gegen Russland zu provozieren. Preussen hätte in einer solchen Auseinandersetzung auf russischer Seite eingreifen müssen, so dass bei einem österreichisch-französischen Sieg gegen Russland und Preussen das Fernziel, die Revision der Niederlage von 1866, in Reichweite gelegen hätte. Im Herbst 1867 kam es tatsächlich zu einer zeitweiligen Zusammenarbeit der beiden Mächte in den türkischen Angelegenheiten, die sich zudem gemeinsam für die Erhaltung des Status quo (i.e. die Bewahrung der Unabhängigkeit Süddeutschlands) in Deutschland aussprachen.

Russland war besorgt wegen des österreichischen Engagements im Osten und fürchtete, die Wien werde Unruhen auf dem Balkan zu einer militärischen Intervention nutzen. Parallel zu Beust

hatte sich deshalb der russische Außenminister Gortschakow um einen Verbündeten bemüht, war aber in London und Paris abgewiesen worden. Daraufhin wandte er sich nach Berlin: Angesichts der österreichisch-französischen Entente bot Russland Preussen im März 1868 ein gegen Österreich und Frankreich gerichtetes Defensivbündnis an, ein Ausdruck der neuen Gleichrangigkeit zwischen beiden Mächten. Sollten Russland von Österreich oder Preussen-Norddeutschland von Frankreich angegriffen werden, sollte die jeweils nicht angegriffene Macht eine Armee an der österreichischen Grenze aufmarschieren lassen. Bismarck lehnte ein schriftlich fixiertes Bündnis mit der Begründung ab, sowohl Preussen als auch Russland seien ihren jeweiligen Gegnern allein gewachsen, Damit vermied er, sich zur Unterstützung Russlands gegen Österreich zu verpflichten, sicherte dem Zaren aber gleichzeitig zu, sich bei einem gemeinsamen Angriff Österreichs und Frankreichs auf Russland an der französischen Grenze zu engagieren, das gebiete die Interessengleichheit beider Länder. Bismarck favorisierte damit – wie Beust mit Frankreich – eine Entente statt einer Allianz. Die Weigerung, eine formelle Allianz einzugehen, schadete Bismarck allerdings zusätzlich bei seinen recht erfolglosen Bemühungen in Süddeutschland, denn nun unterstützte neben Österreich und Frankreich auch der Zar die Aufrechterhaltung der mit Russland dynastisch verbundenen süddeutschen Monarchien. Da England preussische Pressuren gegen Süddeutschland ebenfalls als untragbar betrachtete und die deutsche Einigung nur als Ergebnis eines evolutionären Vorgangs akzeptieren wollte, gab es eine geschlossene europäische Front gegen die preussischen Expansionswünsche. Eine direkte Offensive hätte also zur Intervention der anderen Großmächte geführt.

Trotz dieser Konstellation und trotz des Sieges der Partikularisten bei den Wahlen zum Zollparlament gewann Napoleon III. im März 1868 die Überzeugung, dass die Einverleibung Süddeutschlands in den Norddeutschen Bund nur eine Frage der Zeit sei. Er wandte sich erneut nach Wien, um zu einer gemeinsamen Strategie in der deutschen Frage zu finden. Beust beharrte aber auf der orientalischen Frage als Bündniszweck. Im Juli 1868 schlug Frankreich erneut ein aktives Bündnis gegen Preussen zur Wiederherstellung der österreichischen Machtposition in Deutschland („Süd-zange“) vor, was Beust wieder mit dem Verweis ablehnte, ein solches Vorgehen schade dem Ansehen Österreichs in Deutschland. Als Alternative brachte er eine allgemeine europäische Abrüstung ins Spiel, die Preussen ein wichtiges Druckmittel genommen hätte. Aber Mitte Oktober 1868 ließ Lord Clarendon, der künftige englische Außenminister, den Kaiser der Franzosen wissen, dass er nichts von einem Abrüstungsmanifest hielt. Trotz dieser Rückschläge waren Napoleon III. und Beust weiter bemüht, zu einer Verständigung zu gelangen. Obwohl der Kaiser die östliche Basis der Entente akzeptierte, wollte er nicht in einen neuen Krimkrieg geraten, während Österreich auf jeden Fall vermeiden musste, an der Seite Frankreichs in einen französisch-deutschen Krieg verwickelt zu werden.

Im Februar 1869 zeichnete sich ein Kompromiss aber, der der russisch-preussischen Entente glich: Im Fall eines österreichisch-russischen Krieges sollte Frankreich durch Aufmarsch an der preussischen Grenze den Partner Russlands neutralisieren, während Österreich umgekehrt bei Beginn eines französisch-preussischen Krieges das russische Potential binden sollte. Die am 10. Mai 1869 abgeschlossene offensive und defensive Allianz war äußerst vorsichtig formuliert, da der österreichische Botschafter Metternich fürchtete, durch die Erwähnung konkreter Bündnisziele (Rückverschie-

bung der Donaumonarchie nach Deutschland, die Rheingrenze für Frankreich) die Ungarn bzw. die Deutschösterreicher zu alarmieren. Zudem sollte auch die italienische Regierung in Florenz für das Bündnis gewonnen werden, um die österreichische Südgrenze zu entlasten. Dieser Plan scheiterte an den italienischen Forderungen nach Rom (der Kirchenstaat wurde durch französische Truppen geschützt) und der Isonzogrenze von Österreich. Gleichzeitig verschärfte sich die innenpolitische Krise in Frankreich: Bei den Parlamentswahlen am 23. Mai 1869 erlitten die napoleonischen Kräfte eine Niederlage, und im August 1869 sorgte eine schwere Erkrankung Napoleons III. für einen Stillstand in der französischen Politik. Durch eine Indiskretion der italienischen Regierung wurden die Verhandlungen über eine Tripel-Allianz bekannt und führten zu einer Intervention Clarendons, da Italien als englische Einflusszone betrachtet wurde. Die Offenlegung der Verhandlungen verhinderte schließlich die Unterzeichnung des Vertragsentwurfs, dennoch verließ sich Napoleon III. auf die österreichische Unterstützung im Kriegsfall. Beust dagegen beharrte darauf, bei Ausbruch eines französisch-preussischen Krieges neutral zu bleiben. Er wollte sich wie Napoleon III. 1866 mit minimalem Aufwand maximalen Gewinn verschaffen.

Innenpolitisch reagierte Napoleon III. auf die Wahlniederlage mit dem Übergang zum pseudo-parlamentarischen *Empire libéral* und beauftragte am 27. Dezember 1869 den Oppositionsführer Émile Olivier mit der Regierungsbildung. Bismarck hielt angesichts dieser Entwicklung mehrere Optionen für gegeben: Ein Sturz des Regimes in Frankreich hätte zu innerem Chaos und zum Abzug des Interesses von Deutschland geführt, so dass Preussen ungestört einen evolutionären Einigungsprozess hätte durchsetzen können. Andererseits könnte der unberechenbare Napoleon III. wie in der Vergangenheit versuchen, durch äußere Abenteuer von den inneren Problemen abzulenken, wobei er auf die französische Furcht vor der Konsolidierung eines mächtigen Staates an der östlichen Grenze setzen konnte. Auch in Teilen der neuen französischen Regierung dominierte die Vorstellung vom unvermeidlichen Krieg. In dieser gespannten Situation wurde im Sommer 1870 ein Konflikt um die spanische Thronkandidatur eines Hohenzollernprinzen zum Auslöser des deutsch-französischen Krieges.

Im September 1868 war die bourbonische und pro-französische Königin Isabella II. in Spanien gestürzt worden. Da man nicht wieder einen Bourbonen krönen wollte und portugiesische und italienische Kandidaten ablehnten, wandte sich die spanische Regierung nach Deutschland und fasste den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen ins Auge. Frankreich reagierte alarmiert, denn die süddeutsche Linie der Hohenzollern wurde praktisch als Teil des preussischen Königshauses betrachtet, und Leopold war preussischer Offizier. Bismarck beruhigte den französischen Gesandten Benedetti im Mai 1869, der Prinz habe eine entsprechende Einladung abgelehnt. Tatsächlich hatten Leopold und sein Vater Karl-Anton, der preussische Militärgouverneur im Rheinland und Westfalen, ernstliche Bedenken. Als am 24. Februar 1870 das spanische Angebot in aller Form gemacht wurde, erkundigten sie sich bei Wilhelm I. und Bismarck, ob eine Annahme der heiklen Kandidatur im Interesse der preussischen Macht erforderlich sei. Bismarck bemühte sich, den Schein aufrecht zu erhalten, die Kandidatur sei eine reine Familienangelegenheit und er sei als Kanzler und Ministerpräsident nicht damit befasst. Tatsächlich hielt er die Kandidatur für einen Ausweg aus der Sackgasse, in der sich die deutsche Frage befand: Entweder würde die Auseinandersetzung darüber

zum Krieg mit Frankreich führen, oder die Reaktionen auf den Vorgang würden das napoleonische Regime stürzen. Inoffiziell befürwortete er deshalb gegenüber Wilhelm I. eine Annahme mit dem Hinweis, eine propreussische Regierung in Spanien würde einen Krieg mit Deutschland für Frankreich gefährlicher und damit unwahrscheinlicher machen. Davon konnte er allerdings selbst kaum überzeugt sein, denn Leopold konnte die Spanier kaum unmittelbar nach seiner Thronbesteigung in einen Krieg für deutsche Interessen führen. Der König sah vor allem die Gefahr eines erneuten Umsturzes im unruhigen Spanien voraus, der dem Ansehen des ganzen Hauses geschadet hätte, falls ihm ein Hohenzoller zum Opfer fiel. Er wollte der Annahme der Krone nur zustimmen, wenn Leopold selbst sie als seine Pflicht betrachtete. Leopold wiederum wollte nicht ohne die Zustimmung Wilhelms I. annehmen. Mit einem ablehnenden Telegramm nach Madrid am 4. Mai 1870 schien die Angelegenheit deshalb erledigt. Doch Bismarck gab sich nicht zufrieden und unterstützte eine Wiederaufnahme der Kandidatur. Wilhelm I. war entrüstet, blieb jedoch bei seiner Haltung, er werde sich einem ausdrücklichen Wunsch Leopolds nicht widersetzen. Diesmal ließ sich Leopold bewegen, eine Annahme trotz der Vorbehalte des Königs als seine Pflicht zu betrachten. Bismarck zog sich nun rasch aus der „Familienangelegenheit“ zurück, obwohl allein seine Verknüpfung der Kandidatur mit dem preussischen Staatsinteresse die Annahme erst bewirkt hatte. Nachdem der König widerwillig seine förmliche Zustimmung erteilt hatte, sollte Leopold im November 1870 von den spanischen Cortes (Räten) gewählt werden. Aber am 2. Juli wurde der Vorgang in Paris bekannt, und sorgte dort für helle Aufregung. Da Bismarck diese Reaktion vorausgesehen haben musste, suchte er durch seine Unterstützung der Kandidatur offenbar die offene Konfrontation mit Frankreich. Die Ansicht einiger Historiker, er habe im Sinne seines gegenüber Wilhelm I. verwendeten Arguments einen Verbündeten im Westen gesucht, also ein rein defensives Motiv gehabt, impliziert zugleich die absurde Annahme, dass der geniale Taktiker Bismarck gegen seinen Willen in den Krieg gezogen wurde.

In Paris war seit dem 15. Mai 1870 der frühere Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, Außenminister. Er war von der überlegenen Macht Frankreichs überzeugt und rechnete fest mit der Zuverlässigkeit des österreichischen Bündnisses. Auf die Nachrichten aus Madrid reagierte er eigenmächtig mit einem drohenden Telegramm nach Berlin, ließ Proteste in den Regierungszeitungen veröffentlichen und hielt eine Brandrede im Parlament. Darauf schickte er den Botschafter Benedetti nach Bad Ems, wo Wilhelm I. zur Kur weilte, um eine Rücknahme der Kandidatur zu erreichen. Entgegen der offiziellen Linie Bismarcks, jede Kenntnis zu leugnen, gestand Wilhelm I. seine Billigung der Annahme ein und erreichte, dass Karl Anton die Kandidatur am 12. Juli in Leopolds Namen zurückzog. Damit hatte er Bismarcks Politik den Boden entzogen. Preussen war durch das erpresste Nachgeben diplomatisch gedemütigt worden, und mit der gewünschten Aggression Frankreichs war nicht mehr zu rechnen. Bismarck versuchte, den Konflikt aufrecht zu erhalten, indem er die öffentliche Entrüstung über Gramonts „beleidigenden Ton“ anstachelte. Doch dann machte das Verhalten der französischen Seite seine Bemühungen überflüssig. Die Öffentlichkeit und das Parlament empfanden die Genugtuung als völlig unzureichend. Auch Gramont war unzufrieden, weil der Verzicht bisher nur durch Karl Anton, nicht von Wilhelm I. selbst erklärt worden war. Noch am Abend des 12. Juli instruierte er Benedetti, von Wilhelm I. eine Garantie der Verzichtserklärung zu fordern. Der König lehnte diese Forderung am 13. Juli empört ab und ließ ein Protokoll des

Gesprächs mit dem Gesandten an Bismarck senden. Dieser erkundigte sich nochmals, ob die preussische Armee kriegsbereit sei, und veröffentlichte eine redigierte Fassung dieser Emser Depesche, nach der der König nicht nur die Forderung, sondern jede weitere Erörterung der Angelegenheit abgelehnt hatte. Daraufhin beschloss das französische Kabinett am 15. Juli, Preussen den Krieg zu erklären. Die Maßlosigkeit der französischen Garantieforderungen, die auf der beanspruchten Sonderstellung als Hegemonialmacht in Westeuropa beruhten, trieb die süddeutschen Staaten Preussen zu und isolierte Frankreich auch international.

Mit der Kriegserklärung Frankreichs an Preussen am 19. Juli 1870 wurden automatisch die Defensivbündnisse mit den süddeutschen Staaten aktiviert, die eigentlich die Unterstützung Preussens für einen der Mittelstaaten hätten sichern sollen. Die nationalistische Erregung in ganz Deutschland ließ auch die zuvor immer lauter gestellte konstitutionelle Frage in den Hintergrund treten. Die europäischen Mächte hielten sich zurück, obwohl Frankreich zu Beginn des Krieges noch fest mit der Unterstützung Italiens und Österreichs rechnete. Russland stand entsprechend der im März 1868 vereinbarten Entente an Preussens Seite und bestätigte, dass es bei einem österreichischen Eingreifen Galizien besetzen würde. Angesichts des russischen Aufmarsches an der österreichischen Grenze drängte Beust zum Eingreifen im Osten, weil er nun die Chance sah, mit einer Unterstützung Frankreichs an einem Sieg gegen Preussen zu partizipieren. Franz Joseph entschied sich jedoch für eine Neutralitätserklärung, nachdem sowohl Bismarck als auch Zar Alexander die territoriale Integrität der Habsburgermonarchie garantiert hatten. In Italien versprach zwar König Viktor Emanuel eine Unterstützung Frankreichs, konnte sich aber wegen der französischen Besetzung Roms nicht durchsetzen; auch Italien blieb neutral. Um England schließlich bemühten sich die beiden kriegführenden Mächte intensiv. Als Napoleon III. allerdings erklärte, die Neutralität Belgiens wahren zu wollen – woran London hauptsächlich gelegen war – legte Bismarck die französische Forderung nach Belgien vom 22. August 1866 vor und erweckte den Eindruck, sie sei neueren Datums. Daraufhin verlangte die englische Regierung von beiden Parteien eine Garantie der belgischen Grenzen und zog sich gleichfalls in die Neutralität zurück.

Als am 4. August 1870 die gut vorbereiteten deutschen Streitkräfte mit einer Offensive begannen, waren die Franzosen noch nicht voll einsatzbereit. So gelang Preussen ein relativ rascher Sieg: Nach Schlachten bei Wörth und Spichern, Mars La Tour und Gravelotte wurde die französische Hauptarmee unter Bazaine in der Festung Metz eingekesselt. Die übrigen Truppen unter MacMahon mussten nach einer Schlacht bei Sedan am 1. September 1870 kapitulieren, Napoleon III. geriet in Kriegsgefangenschaft. Auf diese Nachricht hin erhob sich das Volk in Paris gegen die Regierung, und am 4. September wurde die Republik ausgerufen. Zwei Wochen später standen die Sieger von Sedan vor der Stadt. Sie wurde wie Metz durch einen Belagerungsring eingeschlossen, der den größten Teil der deutschen Streitkräfte band. Am 20./21. September verhandelte Bismarck mit dem neuen Außenminister Jules Favre über einen Waffenstillstand. Favre erklärte die Zustimmung zur deutschen Einigung und die Friedensbereitschaft auf der Basis des Status quo, schloss aber kategorisch jede Gebietsabtretung aus, während Bismarck auf der Annexion von Elsaß-Lothringen bestand.

Diese schon bei Kriegsbeginn von der Nationalbewegung erhobene Forderung verlängerte den Krieg

um einige Monate und brachte Bismarck in außenpolitische Bedrängnis, da nun doch eine Intervention drohte. Das verbündete Russland hielt die Annexion für politisch gefährlich. Der wegen der völkischen Begründung des Vorhabens empörte Zar riet schon im August 1870 ab und ließ sich auch durch die Betonung der Gemeinschaft der sozialkonservativen Großmächte nicht beruhigen. Darauf bot Bismarck preussische Unterstützung gegen die Schwarzmeerklauseln von 1856 an. Nachdem die russische Zustimmung so erkaufte worden war, meldete auch das wegen des Mächtegleichgewichts besorgte England Bedenken an. Clarendons Nachfolger im Außenministerium, Granville, schlug am 16. Oktober 1870 in Petersburg gemeinsame Schritte zur Sicherung eines annehmbaren Friedens vor. Gortschakow wies ihn ab und kündigte am 31. Oktober die Schwarzmeerklauseln von 1856 auf. England bemühte sich nun um preussische Vermittlung, die zu einer europäischen Konferenz führte und vom deutsch-französischen Krieg ablenkte. Bismarck konnte es sich nun sogar leisten, die Kompromissvorschläge abzulehnen: England schlug eine Neutralisierung Elsaß-Lothringens nach dem Vorbild Luxemburgs und Belgiens vor, während Russland für einen Kauf der Gebiete durch den Norddeutschen Bund plädierte. Beide Mächte akzeptierten die Ablehnung Bismarcks, da sie preussische Unterstützung auf der Schwarzmeerkonferenz in London (Januar – März 1871) erwarteten. Zum Glück für Bismarck konnten sich England und Russland erst am 13. März 1871 auf eine Aufhebung der Schwarzmeerklauseln einigen, so dass er in Frankreich freie Hand hatte und den Krieg isoliert zu Ende führen konnte.

Mittlerweile war Metz am 27. Oktober 1870 gefallen, die deutschen Armeen beschossen seit dem 27. Dezember 1870 Paris täglich mit Granaten, und noch immer war kein Ende des Krieges in Sicht. Stattdessen wurde der Volkskrieg gegen die deutschen Besatzungstruppen immer erbitterter, und die französische Regierung hoffte noch immer auf eine Intervention des Auslands. Nur wegen der Annexionsforderung wurde der Krieg bis zur völligen Erschöpfung der französischen Widerstandskraft geführt. Obwohl der preussische Generalstab militärische bzw. sicherheitspolitische Gründe für die Annexion geltend machte, wurde sie von der deutschen Nationalbewegung unter nationalen Gesichtspunkten gefordert. Bismarck unterstützte die deutsche Presse bei ihrer Agitation für eine „Rückgewinnung“ der „deutschen“ Provinzen, um sich die nationale Begeisterung zunutze zu machen und die annektierten „Reichslande“ als einigungspolitisches Motiv zu verwenden. Die Aussicht, mit dem Erwerb Elsaß-Lothringens eine dauernde Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich zu etablieren, schreckte ihn nicht; er hielt sie auch ohne Annexion für unvermeidbar. Aber trotz allem behielten für ihn rationale politische Ziele die höchste Priorität, und er glaubte, mit der Annexion auch einen Beitrag zur künftigen Friedenssicherung zu liefern, indem er eine künftige Offensive Frankreichs erschwerte. Moltkes Plan eines „Exterminationkrieges“ lehnte er deshalb entschieden ab. Bei seiner Durchführung wäre Frankreich als Macht völlig ausgefallen, und die übrigen Mächte hätten eine gemeinsame Koalition gegen die deutsche Hegemonialmacht gebildet.

Am 28. Januar 1871 musste Paris kapitulieren. Dem Präliminarfrieden am 25. Februar 1871 folgte der endgültige Frieden von Frankfurt (10. Mai 1871). Mittlerweile hatte sich Bismarck wieder von seiner national gefärbten antifranzösischen Haltung gelöst und versuchte, die Annexion auf das überwiegend deutschsprachige Elsaß zu begrenzen. Die Militärführung und der König bestanden aber auf der Übernahme beider Gebiete. Darüber hinaus sahen die Vereinbarungen eine Kriegsent-

schädigung von 5 Mrd. Francs und die Besetzung Ostfrankreichs bis zur Zahlung dieser Summe vor. Dies war psychologisch nicht nur wegen Elsaß-Lothringen ein harter Frieden, der den deutsch-französischen Gegensatz noch verstärkte. Nach der Bereinigung des seit 1856 bestehenden englisch-russischen Konflikts bildete sich dadurch in der Mitte Europas mit der deutsch-französischen Gegnerschaft eine neue politische Konstante.

Bismarcks wichtigstes Kriegsziel war jedoch nicht die Eroberung französischen Territoriums, sondern die freiwillige Annahme der norddeutschen Verfassung durch die süddeutschen Staaten gewesen, und die Öffentlichkeit im Süden reagierte ganz in seinem Sinne: Die Garantieforderung Gramonts hatte in Süddeutschland die nationale Empörung aufwallen lassen, und der gewaltige Sieg von Sedan entfachte eine nationale Begeisterung. Auch den Regierungen wurde klar, dass sich die bisherige Aufteilung Deutschlands nicht würde aufrecht erhalten lassen. Die Verhandlungen zwischen Preussen, Bayern und Württemberg in München über die zukünftige Verfassung Deutschlands (22. – 26. September 1870) endeten allerdings ergebnislos. Um Druck auf die zaudernden Bayern auszuüben, bot Bismarck am 30. September 1870 dem schon lange beitrtrittswilligen Baden die Aufnahme in den Norddeutschen Bund an. Baden nahm sofort an, und Württemberg folgte diesem Beispiel, worauf auch Bayern und Hessen in Verhandlungen eintraten. Am 24. Oktober waren Delegationen aller vier Staaten im preussischen Hauptquartier in Versailles versammelt. Baden war bereit und Hessen durch seine Teilung genötigt, die norddeutsche Verfassung fast ohne Vorbehalte anzunehmen, und die württembergischen Forderungen waren moderat. Allein Bayern beharrte auf einem weniger fest gefügten Bund. Obwohl die Delegation bereit war, Reich und Kaiser hinzunehmen, stellte sie eine Reihe von Bedingungen, die die Souveränität der Reichsregierung gefährdet hätten. Bismarck beschleunigte deshalb die Verhandlungen mit den anderen drei Staaten, was schließlich zum Einlenken der Bayern führte. Die Verträge über die Gründung des Deutschen Reiches als Bundesstaat konnten zwischen dem 15. und dem 25. November unterzeichnet werden. Gegenüber dem Norddeutschen Bund gewannen die Gliedstaaten durch die vermehrten Befugnisse des Bundesrats. Die süddeutschen Staaten erhielten eine Reihe von Reservatrechten auf post- und verkehrspolitischem Gebiet, in Militärfragen und bei der Zollgesetzgebung für Spirituosen. Im Gegenzug wurde das norddeutsche Regierungssystem ohne größere Änderungen übernommen, und der Süden willigte in die Einführung des Titels „Deutscher Kaiser“ ein. Dies war für Bismarck eine politische Notwendigkeit, um Einheit und Zentralismus zu beflügeln. Allerdings konnte der dynastische Stolz des preussischen Königs nur überwunden werden, wenn er die Kaiserkrone von einem Wittelsbacher, dem bayerischen König Ludwig, erhielt. Nach einigen Verhandlungen erklärte sich Ludwig Anfang Dezember bereit, Wilhelm I. zu bitten, ein deutsches Reich und die deutsche Kaiserwürde wiederherzustellen. Auch der Reichstag schloss sich diesem Wunsch an, nachdem die zur Reichsgründung notwendigen Verfassungsänderungen mit großer Mehrheit gebilligt worden waren. Am 17. Dezember stimmten die übrigen deutschen Herrscher und freien Städte zu. Nun mussten nur noch die Verträge durch die süddeutschen Parlamente ratifiziert werden. Nur in Bayern gab es Schwierigkeiten, doch am 21. Januar 1871 verabschiedete auch die bayerische Kammer die Vorlage. Bereits drei Tage zuvor wurde der preussische König Wilhelm I. im Spiegelsaal von Versailles zum deutschen Kaiser proklamiert. Bismarck war es gelungen, die autoritäre Hohenzollernherrschaft, den

preussischen Militarismus und den deutschen Nationalismus zu vereinigen.